

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 16 52070 Aachen

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Zollernstraße 16
52070 Aachen

An

Tel.: 0241 5198 3305
FAX: 0241 5198 80011

Pressestellen

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Büro: Zimmer E 188

Aachen, den 18. November 2016

Pressemitteilung

„Solidarische Schuldnerberatung ist nötig – Betroffene nicht länger im Stich lassen!“

Nach dem Motto „Es muss sich alles ändern, damit alles so bleibt, wie es ist“ wurde im letzten Jahr anlässlich der Verabschiedung des Strukturkonzepts ein neues Konzept für die Schuldnerberatung angekündigt. Nach mehr als einem Jahr der Überprüfung erhält nun endlich die Politik eine Vorlage, wonach alles beim Alten bleiben soll.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE wurde damit eine Chance vertan. Nach der Umstellung des Systems in 2012 fielen einige Bevölkerungsgruppen aus der kostenlosen Schuldnerberatung heraus. Das betraf u.a. Arbeitslose nach dem SGB III, Rentner und Geringverdiener. An dieser fragwürdigen Praxis wurde nichts geändert, obwohl die gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen immer wieder auf das Problem hinwiesen. Auch die aktuelle Vorlage zum städteregionalen Sozialausschuss lässt mehr Fragen als Antworten offen. Dabei hatte die Linksfraktion in einem Antrag vom 7.11. eigens auf die Problematik hingewiesen.

„Ver- und Überschuldung ist ein besorgniserregendes Phänomen, das nicht nur Langzeitarbeitslose betrifft“, verweist Uwe F. Lühr auf den aktuellen Schuldneratlas. Demnach liegt der Schuldneranteil in der StädteRegion mit mehr als 11% über dem Bundesdurchschnitt. Besonders bei älteren Menschen nimmt die Überschuldung zu.

„Die Ausführungen der Verwaltung zu den Alternativangeboten bei Arbeitsagentur und Amtsgerichten sind nicht überzeugend. Immer noch fallen zuviele Leute durch das Raster, die nicht nur eine rein rechtliche Beratung, sondern auch eine soziale Hilfestellung benötigen“, ergänzt Helga Ebel, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion.

Der Sozialarbeiter und sachkundige Bürger Andreas Dittrich zeigt sich auch verwundert, warum die Städteregion weiterhin an der Konzessionierung privatgewerblicher Anbieter festhält: „Stattdessen sind die gemeinnützigen Träger die richtigen Ansprechpartner für eine umfassende soziale Beratung. Schließlich geht Verschuldung in der Regel mit psycho-sozialen Problemlagen einher.“